



Inklusion ohne Illusion

Förderschulen bleiben unverzichtbar

Beschluss des Landesvorstands der CDU Brandenburg

Potsdam, 18. März 2016

Deutschland hat die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen im Jahr 2009 ratifiziert. Damit ist auch die Debatte um Inklusion im Bildungssystem in den Fokus der Öffentlichkeit gelangt. Vereinfachend wurde behauptet, die Konvention fordere die Abschaffung der Förderschulen als eigenständiger Schulform. Dabei hat die Kultusministerkonferenz schon im Jahr 2010 festgestellt, dass die Konvention keine Aussagen zu einer Gliederung des Schulwesens enthält.

Eltern müssen vielmehr die Freiheit haben, für ihre Kinder die Schulform zu wählen, die sie für die beste halten. Aus Sicht der CDU Brandenburg sind besondere Fördermöglichkeiten auch in einem inklusiven Schulsystem unverzichtbar. Förderschulen sind hochspezialisiert, bündeln sonderpädagogische Kompetenz und bieten einen besonderen Schutzraum für Schülerinnen und Schüler mit besonderem Förderbedarf.

Seit dem Schuljahr 2012/2013 gibt es im Land Brandenburg das Pilotprojekt „Inklusive Grundschule“, an dem sich 84 Grundschulen beteiligen. Nun liegt die wissenschaftliche Auswertung des Pilotprojekts vor. Die Bildungsforscher der Universität Potsdam stellen dem Pilotprojekt keine guten Noten aus: Kinder mit Förderbedarf lernen weniger schnell hinzu als Schüler ohne Förderbedarf. Die Leistungsunterschiede werden so im Laufe der Zeit immer größer. Vor allem aber zeigen die Ergebnisse, dass das Selbstwertgefühl von Kindern mit Förderbedarf leidet. Oft fühlen sie sich in den inklusiven Schulen auch weniger wohl als andere Kinder.

Die Ergebnisse bestätigen, dass Inklusion nur gelingen kann, wenn Schulen besser ausgestattet sind und ein ganzheitliches Konzept vorliegt. Inklusion darf nicht übereilt werden. Die Umsetzung stellt vielmehr einen langen Prozess dar, in den alle Beteiligten eingebunden werden müssen. Förderschulen werden auch zukünftig ein wichtiger Bestandteil des Brandenburger Schulsystems bleiben.



31 Die CDU Brandenburg fordert daher:

32 1. Die Landesregierung muss sich zu unseren Förderschulen bekennen und den
33 Schulträgern somit die notwendige Planungssicherheit geben. Durch die
34 Diskussion um Inklusion sahen viele Kommunen die Zukunft der Förderschulen zu
35 Unrecht in Frage gestellt. Nicht zuletzt deshalb wurde in den letzten zehn Jahren
36 fast jede fünfte Förderschule in Brandenburg geschlossen.

37 2. Förderschulen müssen weiterhin verlässlich mit genügend Sonderpädagogen
38 ausgestattet werden. Viele Sonderpädagogen sind in den letzten Jahren von
39 Förderschulen für den Einsatz an Inklusionsschulen und den gemeinsamen
40 Unterricht abgezogen worden. Erschwerend kommt hinzu, dass es immer schwerer
41 fällt, Sonderpädagogen auf dem Arbeitsmarkt zu rekrutieren. Damit Eltern die
42 Wahlfreiheit haben, müssen Förderschulen auch weiterhin hohe pädagogische
43 Qualität sicherstellen können.

44 3. Es muss dringend ein differenzierter Hauptschulabschluss bundesweit eingeführt
45 werden. Dieser entspricht im Grundsatz einem Hauptschulabschluss, führt aber
46 gesondert auf, inwieweit ein Schüler einzelne Leistungen nicht voll erbringen
47 konnte. Bisläng gelten die meisten Förderschüler als Schulabbrecher. Mit einem
48 differenzierten Hauptschulabschluss aber würden ihre Leistungen gerechter
49 bewertet und ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt würden sich verbessern.